

per E-Mail

an das Bundeskanzleramt, z.Hd. Bundesministerin Mag.^a Karoline Edtstadler,
an das Bundesministerium für Justiz, z.Hd. Bundesministerin Dr.ⁱⁿ Alma Zadić,

Wien, 5. Mai 2021

Offener Brief – Informationsfreiheitsgesetz

Sehr geehrte Kanzleramtsministerin Mag.^a Karoline Edtstadler,
sehr geehrte Justizministerin Dr.ⁱⁿ Alma Zadić,

Der Gesetzesentwurf für ein neues Grundrecht auf Zugang zu Information und das Informationsfreiheitsgesetz sind von großem öffentlichem Interesse, wie die rund 190 abgegebenen Stellungnahmen und die breite Medienberichterstattung unterstrichen haben.

Die Schaffung eines neuen Grundrechts ist eine verantwortungsvolle Aufgabe. Sie ist ein großer Schritt für die Stärkung unserer Demokratie und kann das Verhältnis zwischen Bürger:innen und Staat langfristig neu definieren. Als Vertreter:innen der Zivilgesellschaft fordern wir, dass gerade dieser Gesetzgebungsprozess umfassend transparent gehandhabt wird – und so als Vorbild für die zu schaffende Kultur dient.

Da sich der Gesetzesentwurf durch weitere Anpassungen erheblich verändern könnte, halten wir eine weitere **öffentliche Evaluierung** für zwingend notwendig. Bewährt dafür hat sich die Form einer öffentlichen Enquete, in der Fachleute aus der Zivilgesellschaft und Parlamentarier:innen auch die fachlich zuständigen Beamt:innen befragen können. Nur so kann aufgrund der großen Komplexität der Materie verhindert werden, dass am Ende eine Mogelpackung beschlossen wird, die Transparenz verspricht, aber in der Praxis nicht liefert. Das wurde beim letzten Versuch, das Amtsgeheimnis abzuschaffen, deutlich: die Politik stellte durch den Gesetzesentwurf weitergehende Transparenz in Aussicht. Der Verfassungsdienst, der den Gesetzesentwurf formuliert hatte, stellte in der Enquete jedoch klar: selbst die Kosten für einen Grenzzaun wären mit dem damaligen Entwurf geheim geblieben.

Wir regen außerdem an, sehr bald einen **konkreten Zeitplan** vorzulegen. Dieser sollte einen Zeitrahmen für die geplanten weiteren Verhandlungsrunden und die oben geforderte Evaluierung beinhalten.

Die Schaffung eines Grundrechtes auf Informationszugang ist zu wichtig, um auch nur den Verdacht zu erwecken, dass dieses Vorhaben bloß Ablenkungsmanöver zu politischen Tagesthemen dient. Mehrere Journalist:innen hatten diesen Eindruck bei der Vorlage des Gesetzesentwurfs auch öffentlich thematisiert. Dies war dem Vertrauen der Öffentlichkeit, dass es ausschließlich um die Sache geht, nicht zuträglich – ein offener und eingehaltener Zeitplan würde solchen Eindrücken vorbeugen.

Auch einen inhaltlichen Punkt müssen wir thematisieren, da er jeden zukünftigen Gesetzgebungsprozess betrifft. Das im Gesetzesentwurf vorgesehene zusätzliche **Veto für alle Landeshauptleute** würde für jede Anpassung höhere Hürden schaffen als für Änderungen der Bundesverfassung und sollte daher gestrichen werden. Informationspolitik ist ein Zukunftsthema. Die letzte Neuregelung der Auskunftsrechte vor 35 Jahren fand vor dem digitalen Zeitalter statt – wer weiß, welche Kommunikationsmöglichkeiten in weiteren 35 Jahren existieren und welche Anpassungen dadurch geboten sein werden? Ein Grundrecht, das so zentral für die Demokratiepoltik ist wie die Information der Bürger:innen, darf nicht gleichzeitig mit der Einführung in der Bundesverfassung auch in der Realverfassung einzementiert werden. Diese geplante

Bestimmung ist nicht nur systemwidrig, sondern auch transparenzfeindlich – sie kann nämlich nicht nur öffentlich angewandt, sondern auch intransparent in Verhandlungsprozessen angedroht werden.

Wir regen an, den vorgelegten Gesetzesentwurf in zahlreichen Bereichen – wie in unseren Stellungnahmen ausgeführt – zu verbessern. Nur so kann Österreich vom europäischen Nachzügler zum Vorreiter bei der Informationsfreiheit werden. In diesem Sinne ersuchen wir Sie um die Umsetzung dieser Vorschläge und hoffen, uns im weiteren Prozess konstruktiv einbringen zu können.

Wir ersuchen um eine Rückmeldung an office@informationsfreiheit.at.

Hochachtungsvoll



Forum Informationsfreiheit

[↗ Stellungnahme](#)



Amnesty International

[↗ Stellungnahme](#)



Presseclub Concordia

[↗ Stellungnahme](#)



Epicenter.works - for digital rights

[↗ Stellungnahme](#)



Ökobüro
[↗ Stellungnahme](#)



Reporter ohne Grenzen (RSF) Österreich
[↗ Stellungnahme](#)



WWF Österreich
[↗ Stellungnahme](#)